

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

64 (16.3.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Verkauf mittags. **Geschäftszeit:** 7-1 u. 2-7 Uhr abends. **Fernsprecher:** 75-3, 4. **Jahrespreis:** Abgeholt in d. Geschäftsstelle in Abgaben od. am Postämter monatl. 75-3, 4. **Jahrespreis:** Abgeholt in d. Geschäftsstelle in Abgaben od. am Postämter monatl. 75-3, 4. **Jahrespreis:** Abgeholt in d. Geschäftsstelle in Abgaben od. am Postämter monatl. 75-3, 4. **Jahrespreis:** Abgeholt in d. Geschäftsstelle in Abgaben od. am Postämter monatl. 75-3, 4.

Wilson's wahres Gesicht.

Von Heinrich Cunow.

Immer mehr lüftet sich der Schleier, der bisher Wilson's Politik verhüllte. Auch jener Teil der deutschen Presse, der, als einige Tage vor Weihnachten der amerikanische Geschäftsträger Crew dem Auswärtigen Amte in Berlin die bekannte Friedensnote Wilson's überreichte, in den salbungsvollen Redewendungen dieses Schriftstücks die Grundlage für einen demnächstigen Friedensschluß erblickte und sogar noch in Wilson's Botschaft an den amerikanischen Kongreß einige Friedensgedanken fand, beginnt allmählich einzusehen, daß er sich gründlich in der Beurteilung der Wilson'schen Politik geirrt hat. Wer die jüngsten Neuierungen mancher Blätter über die sogenannte „bewaffnete Neutralität“ mit der Beurteilung der Wilson'schen Friedensnote und den komischen Behauptungen vergleicht, die sie sich leisten, als Herr James W. Gerard, der Günstling Tammany Halls, als Wilson's Vertrauter nach Berlin zurückkehrte (er hat den Botschaftsposten in Berlin erhalten, weil er 1912 im Wahlsiege für Wilson sehr „gearbeitet“ hat), der wird einen recht seltsamen Meinungsunterschied entdecken. Das Kuriose ist aber, daß gerade solche Blätter, die damals in Wilson einen Friedensengel sahen, heute am schroffsten über ihn urteilen und von einem demaschierten Wilson, einem verschmitzten, hinterlistigen Politiker sprechen, der schon immer das Ziel verfolgte, die Union in den Krieg zu treiben.

Es scheint, als wenn manche Politiker noch immer nicht über die Charakteristik gewisser Kolportageromane hinauskommen, die nur zwei Arten von Personen kennen: von Edelherzigkeit überfließende Engel und intrigante Teufel. Wilson ist weder ein kriegerischer Politiker, der aus Ruhmsucht oder Leichenschmuck die Vereinigten Staaten in einen Krieg zu führen sucht, noch kann man ihm politische Intentionen vorwerfen und von ihm behaupten, daß er seine Ziele verheilt hätte. Freilich offen vor allen Welt dargelegt hat er sie auch nicht — aber das tut überhaupt kein gelehrter Politiker und Diplomat, der an der Spitze eines großen Gemeinwehens steht.

Wilson hat im ganzen eine durchaus konsequente und von seinem Standpunkt aus betrachtet, keineswegs unsfähige Politik getrieben. Er ist auch durchaus nicht kriegerischer, und wenn er das Ziel, das er im Interesse der nordamerikanischen Union verfolgen zu müssen glaubt, ohne Krieg erreichen könnte, würde er sich sicherlich von allen Kriegshandeln fernhalten, schon weil er gerade in seiner Partei des Pazifismus die meisten Anhänger hat und durch seinen Krieg leicht ein Keil in den ohnehin aus recht verächtlichen Elementen zusammengesetzten Parteiförder hineingetrieben werden kann.

Wenn Wilson's Politik in Deutschland bisher vielfach verfehrt beurteilt worden ist, so liegt das nicht daran, daß er eine Maske getragen hat, sondern weil man aus seinen Neuierungen etwas herausgelesen hat, was gar nicht darin stand. Anstatt ihn als amerikanischen Politiker, als Vertreter einer ganz bestimmten Richtung des amerikanischen Geisteslebens zu betrachten, hat man aus ihm, weil seine philosophisch geschulten Ausführungen nach dem Katheder ausluden, einen unpraktischen, weltfremden Professor jener Art gemacht, die früher so oft in den „fliegenden Blättern“ behauptet wurden. Wilson hat mit jener Gelehrtenbespiegung nichts zu tun. Er würde, wenn er zu ihr gehörte, niemals drüber, wo man politisch zu fallulieren versteht, von seiner Partei zum Gouverneur des industriellen Staates New Jersey und noch weniger bald darauf zum Präsidenten erwählt worden sein.

Thomas Woodrow Wilson ist — das beweisen am besten seine historischen Werke und seine Schriften über den Staat und über die amerikanische Verfassung — keineswegs ein staatsmännisches Genie; doch ebensowenig ist er ein zerstreuter Bücherwurm ohne Menschenkenntnis und Lebensklugheit. Was uns aber überall in seinen Schriften und Reden entgegentritt, das ist die völlige Befangenheit in einer liberalen, ethisch-utilitaristischen Staats- und Gesellschaftsauffassung, wie sie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in England weit verbreitet war. Heute dort stark zusammengekrümmt, beherrscht sie in der Union noch immer gewisse Kreise der gelehrten Politiker, gewöhnlich gemischt mit einer unbegrenzten Verehrung der amerikanischen Verfassung und zugleich mit einer ansehnlichen Dosis Sentimentalität. Wilson ist ein Typus dieser Gattung. Er steht mit beiden Beinen auf dem Boden jener englisch-liberalen Staats- und Lebensauffassung, und von diesem Standpunkt aus sieht er in England den vornehmsten, politisch freiesten und wohlgeordneten Kulturstaat Europas, dem gegenüber Deutschland gewissermaßen einen in der Entwicklung zurückgebliebenen, halb feudalen Erobererstaat, einen Barbarenstaat darstellt, dessen Sieg über England in keinem Fall geduldet werden darf.

Aus dieser Auffassung heraus erklären sich auch so manche Neuierungen in Wilson's jüngsten Reden und Reden, so z. B. der Satz seiner letzten Präsidentenwahlrede: Die Regierungen müssen alle ihre Machtvollkommenheiten aus der Zustimmung ihrer Völker herleiten.“ In der Wilson'schen

Auffassung bedeutet das: „In Amerika entscheidet das Volk über den Krieg, ebenso auch in England; in Deutschland liegt hingegen die Entscheidung in der Hand der Militärkaste — folglich ist nötig, daß das deutsche Reich unterliegt.“ Daß die ärmeren Volksschichten in England noch weniger Einfluß auf die Entscheidung über Krieg und Frieden haben, als in Deutschland, und daß ferner er selbst dabei ist, in seinem eigenen Lande das Recht der Entscheidung aufzuheben, indem er über den Kongreß hinweg die Benennung der amerikanischen Handelschiffe verfügt und damit den Krieg provoziert, kommt Herrn Wilson in seiner doktrinären Befangenheit gar nicht zum Bewußtsein.

Doch ist es nicht nur diese Voreingenommenheit für England, die Herrn Wilson zu seiner Politik bewegt. Wichtiger ist, daß er das künftige Zusammengehen Amerikas mit England als ein Gebot politischer Notwendigkeit betrachtet. Oft liest man, die Union trete für England ein, weil sie das größte Interesse an der Fortsetzung der Kriegsmaterial- und Nahrungsmittelieferungen für die Entente habe und weil ferner, falls England zu einem ungünstigen Friedensabluß gezwungen werden sollte, die Kurze der von England in Amerika aufgenommenen Anleihen wie der dort abgesetzten und hinterlegten englischen Wertpapiere beträchtlich fallen würden. Derartige Motive haben sicherlich auf die politische Haltung mancher Finanz- und Industriegruppen, vielleicht auch auf einzelne Mitglieder der Regierung, wie z. B. auf Herrn Lansing's schönes Gemüt, einen gewissen Einfluß — weniger auf Wilson selbst. Dagegen bestimmt für die Stellungnahme gegen Deutschland auch nur die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten und England als zwei gleichartige, einander gleichwertige Kulturmächte zueinander stehen und im wesentlichen gleiche Handelsinteressen haben, sondern auch, daß die nordamerikanische Union, wenn sie ihre historische Mission erfüllen, das heißt ihre Macht über Mittelamerika ausdehnen und auf der nördlichen Hälfte des Stillen Ozeans die Herrschaft der Stars an Stripes erreichen will, dabei die Unterwerfung des leistungsfähigen Englands nicht zu erweichen vermag.

So lange der Sieg Englands nach amerikanischer Begriffen gesichert schien, hat sich die amerikanische Regierung damit begnügt, England durch Kriegsmateriallieferungen und durch Geld zu unterstützen, Deutschland zu drohen und gegen es in Süd- und Mittelamerika zu intrigieren. Dabei ist die Unionregierung so weit gegangen, daß sie, wie jüngst die Wiener „Neue Freie Presse“ enthielt, ihre Gefandtschaften direkt in den Dienst Englands stellte. So hat z. B. die amerikanische Botschaft in Mexiko vor einigen Monaten kurzweg im Interesse Englands verlangt, daß die mexikanische Regierung den Aufenthalt deutscher Unterboote im Golf von Mexiko verbiete, obgleich England selbst in Mexiko einen Gebunden hat. Als Entgelt dafür wirkt England schon seit Monaten in Japan und China gegen allerlei finanzielle Versprechungen zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und zur Kriegserklärung zu bestimmen, während zugleich Japan zum Abschluß eines Freundschafts- und Bündnisvertrages mit der Vereinigten Staaten gedrängt wird, damit die Union, falls sie Deutschland den Krieg erklärt, nicht mit der Gefahr einer japanischen Aktion in ihrem Rücken zu rechnen braucht.

Nachdem jedoch Deutschland den unbeschränkten U-Bootkrieg erklärt hat, hält sich die Wilson'sche Regierung ein diebes Eingreifen der Union in den Kampf zugunsten Englands für nötig. Freilich eine offene Kriegserklärung an die Mittelmächte möchte Wilson aus Rücksicht auf die Friedensstimmung eines ansehnlichen Teils der demokratischen Parteigelehrten vermeiden. Es soll so aussehen, als würde ihm wider Willen von Deutschland der Krieg ausgedehnt. Als Mittel dazu dient die Benennung des Sverdel'schen Gebietes. Rät Deutschland viele nach Belieben das Sverdel'sche Gebiet verlassen, so hat der U-Bootkrieg seine Wirkung größtenteils verloren. Die Gefahr für England ist beseitigt. Lotpedieren oder deutsche U-Boote die bewaffneten amerikanischen Handelschiffe oder geraten sie mit diesen in einen Kampf, so ist der von der amerikanischen Regierung gewünschte „ausreichende Grund“ für die Kriegserklärung gegeben. Die Union kann die schöne Rolle des Retters der Natur und des Völkerrechts spielen.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

W.D. Großes Hauptquartier, 15. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regenwetter blieb das Artilleriefeuern in den meisten Abschnitten gering.

In der Champagne kamen französische Angriffe auf dem Nordwesthang der Höhe 185 südlich von Ripont in unserer Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung.

Erkundungsvoröße im Sommegebiet und auf dem Westufer der Maas, wo eine französische Feldwache

südlich von Cumieres durch reiches Zapfen bei hellen Tage aufgehoben wurde, brachten uns eine Anzahl Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Witeniez am Stochod und bei Janice südlich des Dnjestr wurden Unternehmungen von Stoßtruppen mit vollem Erfolg durchgeführt. Ueber hundert Gefangene und mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer konnten zurückgebracht werden.

Mazedonische Front.

Auf beiden Ufern des Prespafiees und nördlich von Monastir setzten auch gestern die Franzosen starke Kräfte mit dem gleichen verlustreichen Mißerfolg wie an den Vortagen zum Angriff ein.

Zwischen Cerna und Doiranee wurden kleinere Angriffe der übrigen Ententeinheiten abgewiesen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 15. März, abends. (Amtlich.) Keine besonderen Ereignisse.

Bulgarischer Bericht.

W.D. Sofia, 15. März. Amtlicher Bericht von gestern. Mazedonische Front: Zwischen Ohrida und Prespaite wiederholte Angriffe des Feindes, die mit blutigen Verlusten zurückgeschlagen wurden. Nach ziemlich heftiger Artilleriebereinigung griffen die Franzosen wiederholt mehrere Stellungen westlich und nördlich von Bitola im Abschnitt zwischen Tarnawa und der Bisalabene an, wurden aber zu verlustreicher Nacht gezwungen, wobei sie außerordentlich große Verluste erlitten. Auf der übrigen Front geringe Kampfaktivität. Eine französische Kompanie verjagte gegen unsere Stellungen südlich von Gervaheli vorzugehen, wurde aber durch unser Feuer vertrieben. Eine andere englische Kompanie näherte sich unseren vorgeschobenen Stellungen südlich von Barbar, wurde aber durch unser heftiges Feuer gezwungen, das Weite zu suchen. — Rumänische Front: Mehrere militärische Anlagen in Galacz wurden von uns mit Geschützfeuer besetzt.

Türkischer Bericht.

W.D. Konstantinopel, 15. März. In der Kaukasusfront auf beiden Seiten lebhafteste Tätigkeit der Erkundungspatrouillen. Der Feind hatte bei keiner seiner Unternehmungen einen Erfolg. Unsere Erkundungspatrouillen machten einige Gefangene und erbeuteten etwas Munition und andere Kriegsmaterial. — An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Französischer Bericht.

W.D. Paris, 15. März. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittags. In der Gegend von Raiffang führten wir verschiedene Handstreichs auf die deutschen Gräben aus und schoben dabei eine feindliche Erkundungsabteilung in die Mäus. Nordöstlich von Soissons wurde ein Handstreich auf die französischen Positionen bei Soupir leicht abgewiesen. In der Gegend der Bunde de Messy und Maison de Champagne unternahm die Deutschen gestern gegen 6 Uhr abends zwei heftige Gegenangriffe auf die von uns auf dem linken Abhangabschnitt eroberten Werke. Sie konnten an keinem Punkte an unsere Stellungen herantreten und erlitten schwere Verluste. Der Handgranatenkampf wurde in der Nacht abgebrochen. Die Höhen 185 und Maison de Champagne, wo wir neue Grabenlinien erobert haben, erlitten fortgesetzt. In der Gegend südlich von St. Mihiel nahmen wir bei einer von unsern Truppen gestern lebhaft durchgeführten Operation das Gebiet Romain Villers und machten etwa 30 Gefangene. Unsere Abteilungen drangen außerdem an vier verschiedenen Stellen in die deutschen Gräben zwischen Maas und Apremontwald ein, tiefen bis zum zweiten Graben durch und brachten weitere Gefangene zurück. Während der Nacht in diesem Abschnitt ziemlich lebhafter Artilleriekampf. Sonst überall ruhige Nacht.

Abendbericht: Im Laufe des Tages rüdten wir unter Handgranatenangriffen weiter vor bis in die Gegend der Maison de Champagne trotz heftigen Artilleriefeuers des Feindes, der thranenerzeugende Geschosse in Anwendung brachte. Auf den höchsten Maasufer legte unsere Artillerie Vernichtungsfeuer auf die feindlichen Anlagen. Ein Beobachtungsposten in der Nähe von Monfaucon wurde zerstört.

Von mesopotamischen Kriegsschauplatz.

W.D. London, 15. März. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht aus Mesopotamien vom 14. März: Unsere Spitzenabteilung erreichte einen Punkt 30 Meilen nördwärts von Bagdad. Es wurden Vorstellungen getroffen, um die Ueberbrückung der Stadt bei dem zu erwartenden Steigen des Flusses zu verhindern. Die Gegend bei Bagdad ist gleich wieder in Betrieb gesetzt worden. Die Eisenbahnverhältnisse erhalten gut brauchbare Maschinen, die unversehrt sind, darunter 5 Lokomotiven und Wagenmaterial, die Mengen von Munition wurden gefunden. Unsere Gefolge, die 1916 bei Kut-el-Amara verloren gingen, wurden in Bagdad wieder erbeutet.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Hindenburg beim Kaiser.

Berlin, 15. März. (W.D. Amtlich.) Der Kaiser nahm heute im Großen Hauptquartier den Vortrag des Generalfeldmarschalls von Hindenburg über die Lage entgegen.

Explosion auf einem holländischen Kriegsschiff.

W.D. Haag, 15. März. Das Korrespondenzbüro meldet aus Blijssingen, daß sich an Bord des holländischen Kriegsschiffes „Gelderland“ eine Stoffexplosion ereignet habe, wobei eine Person getötet, neun schwer und fünf leicht verwundet worden seien. Da das Kriegsschiff sich in See befand, ließen die Verwundeten von einem Torpedoboot nach Blijssingen gebracht werden.

Die unangenehmen Folgen der deutschen Front-Zurücknahme an der Aisne für die Engländer.

Paris, 14. März. Eine Meldung des „Giornale d'Italia“ aus London berichtet die Rücknahme der deutschen Linien an der Aisne, die man jetzt auch in England anerkennt. Die Engländer würden dadurch gezwungen, ihre Offensive auf einem Boden vorzubereiten, der ihnen unbekannt und den Deutschen sehr bekannt sei. Zeit, Geld und Leute müßten die Engländer dafür opfern. Die englische Offensive werde dadurch hinausgeschoben und alle Vorbereitungen, die die Engländer getroffen hätten, seien ins Wasser gefallen.

Der französische Kriegsminister zurückgetreten.

Paris, 15. März. Die französische Kammer verhandelte gestern in geheimer Sitzung über zwei Interpellationen betreffend das Flugwesen. Die geheime Sitzung begann kurz nach 3 Uhr und endete erst abends nach 9 Uhr. Um 9.20 Uhr wurde die öffentliche Sitzung wieder aufgenommen. Alle Welt war einig in Bezug auf die Annahme der Tagesordnung des zweiten Interpellanten Ennac, worin das Verlangen ausgesprochen wird, daß das Flugwesen unter der jetzt durchgeführten einseitigen Leitung zu einer energischen Verwendung der Flugapparate als Angriffswaffe führe. Der Ministerpräsident Briand erklärte von seinem Platze aus, daß die Regierung diese Tagesordnung annehme. Aber im nämlichen Augenblick bestieg der Kriegsminister General Chautey die Rednertribüne. „Ich war“, so sagte er, „der Ansicht, daß eine solche Debatte unmöglich ist, und wenn ich sie annehme, so gefährdet das nur, weil ich nicht den Anschein erwecken wollte, daß ich mich vor ihr beuge. Aber ich wiederhole, daß ich dieser Verhandlung feindlich gegenüberstehe, selbst einer geheimen Verhandlung, weil ich der Meinung bin, daß sie eine Gefahr für die Landesverteidigung bedeutet.“

Der Minister kam nicht weiter. Die ganze Linke erhob sich wie ein Mann, um zu protestieren. Alles schrie zusammen. Man hörte Rufe, die wieder den Ausschluß der Öffentlichkeit verlangten. Der Präsident ließ sich abstimmen. Die erste Abstimmung ist zweifelhaft, schließlich wird der Antrag angenommen. Inzwischen ist aber Chautey verschwunden; er hat das Palais Bourbon verlassen. Ministerpräsident Briand jagt ihn.

In den Wandelgängen der Kammer berichtet man, daß General Chautey seine Demission gegeben hat. Briand kommt endlich wieder zurück und nach wenigen Minuten geheimer Beratung wird die öffentliche Sitzung wieder eröffnet. Die beiden Interpellanten Angles und Ennac erklären, daß sie in Abwesenheit des Kriegsministers ihre Tagesordnungsanträge zurückziehen und bitten, die Verhandlung durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung zum Abschluß zu bringen. Der Ministerpräsident stimmt diesem Antrag zu und die Kammer nimmt ihn ohne Widerspruch an. Die Sitzung wurde um 11 Uhr 10 Minuten abends geschlossen.

Paris, 15. März. Der „Bund“ bemerkt zu der Demission Chauteys, da dessen Arbeitskraft und Organisations-talent als außer gewöhnlich geschätzt werden und Chautey in Offizierskorps die höchste Verehrung genieße, so sei kaum zu erwarten, daß man Chautey in den Ruhestand gehen lasse, umweniger als er schon als Minister den Oberbefehl über die ganze französische Wehrmacht geführt zu haben scheint.

Die Revolution in Petersburg

Man nicht überraschend, wenn man auch nicht darauf gefaßt war, daß die Dinge einen solchen Verlauf nehmen würden. Schon seit einigen Tagen merkte man, daß die Gärung einen hohen Grad erreicht hatte. Der Beschluß der Regierung, die Duma und den Reichsrat zu vertagen, hat offenbar dem Haß den Boden ausgetreten. Ueber Einzelheiten der revolutionären Bewegung ist begreiflicherweise noch nichts bekannt. Nach dem, was die russische Telegraphenagentur berichtet, scheinen die Kämpfe drei Tage lang gedauert zu haben. Einstweilen ist das von der Duma gewählte Exekutivkomitee Herr der Situation. Der Umstand, daß die Petersburger Garnison auf die Seite der Revolutionäre sich gestellt hat, läßt auf den Umfang und die Tiefe der Revolution schließen. Sehr wahrscheinlich wird jetzt die Bewegung auch auf andere russische Städte übergreifen und dadurch an Wucht und Bedeutung gewinnen. Das Exekutivkomitee scheint entschlossen zu sein, eine gründliche Aenderung des Regierungssystems herbeizuführen. Ob es ihm gelingen wird, muß die nächste Zukunft zeigen. Sicher ist, daß die jetzige revolutionäre Bewegung von größerer politischer Tragweite ist, als alle ihr vorhergegangenen Revolutionen. Der Zar wird angeht die Schwierigkeit der Situation, in welcher er sich augenblicklich befindet, wohl kaum anders können, als Konzeptionen zu machen. Inwiefern die Bewegung Einfluß auf die militärische Situation im Osten ausüben wird, muß abgewartet werden. Zweifellos kommt sie den Hauptlingen der Entente äußerst ungelogen und es ist nicht ausgeschlossen, daß die russische Revolution starke Rückwirkungen in Frankreich, vielleicht auch in England, zur Folge haben wird. Jedenfalls steht so viel fest, daß die Aktionskraft eines Heeres, hinter dessen Rücken die Revolution ausgebrochen ist, zu übermäßigen Hoffnungen keinen Anlaß gibt. Man darf mit berechtigter Spannung der weiteren Entwicklung der Dinge in Rußland entgegensehen.

Die Exekutivregierung in Petersburg.

W.D. Petersburg, 15. März. (Nicht amtlich.) Petersburger Tel.-Agentur. Die Bevölkerung von Petersburg, die über die vollständige Desorganisation im Transportwesen und in der Verpflegung ausgebracht war, war schon seit langem erregt und murkte dumpf gegen die Regierung, die sie für alle Leiden, die sie erduldet, verantwortlich machte. Die Regierung, die Unruhen vorausah, ergriff umfassende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung u. a. schrieb sie die Auflösung des Reichsrats und der Duma vor, aber diese Beschluß, dem kaiserlichen Ukas nicht Folge zu leisten und die Sitzungen fortzusetzen. Sie setzte sofort einen Vollziehungsausschuß aus 19 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Präsidenten Rod-

zianka ein. Dieser Ausschuß erklärte sich als vorläufige Regierung und erteilte folgenden Auftrag:

„In Anbetracht der schwierigen Lage und der inneren Anordnung, die man der Politik der alten Regierung verdankt, sieht der Vollziehungsausschuß der Duma sich gezwungen, die öffentliche Ordnung in seine Hände zu nehmen. Im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit des gefaßten Entschlusses drückt der Ausschuß die Zuversicht aus, daß die Bevölkerung und das Heer ihm in der schwierigen Aufgabe beistehen werden, eine neue Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entgegenkommt und sein Vertrauen genießt.“

Der Vollziehungsausschuß stützt sich auf die im Aufbruch befindliche Bevölkerung der Hauptstadt und auf die Garnison von Petersburg, die sich, mehr als 30000 Mann stark, vollständig mit den Aufständischen vereinigt hat. Er verhaftete alle Minister und steckte sie ins Gefängnis. Die Duma erklärte das Kabinett als nicht bestehend. Heute am dritten Tag des Aufstandes ist die ganze Hauptstadt, in der die Ordnung schnell wiederkehrte, in der Gewalt des Vollziehungsausschlusses der Duma und der Truppen, die sie unterstützen. Der Abg. Engelhardt, Oberst im Großen Generalstab, wurde vom Ausschuß zum Kommandanten über Petersburg ernannt. Gestern Abend richtete der Ausschuß Auf- rufe an die Bevölkerung, um die Truppen, Eisenbahnen und Banken, in denen er diese aufforderte, das gewöhnliche Leben wieder aufzunehmen. Der Deputierte Gronski wurde vom Ausschuß der Duma mit der vorübergehenden Leitung der Petersburger Tel.-Agentur beauftragt.

Anschluß der Städte Moskau, Kasan, Charkow und Odessa.

Stockholm, 15. März. Die Stadtverwaltungen von Moskau, Kasan, Charkow und Odessa erklärten telegraphisch ihren Anschluß an den Petersburger Volksführersausschuß und konstituierten sich als Ausschüsse der inneren Befreiung Rußlands.

Kronstadt für die Revolution.

W.D. Petersburg, 15. März. (Nicht amtlich.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Die Duma-abgeordneten Krepelajew und Taslin begeben sich auf Befehl des Exekutivkomitees nach Kronstadt, dessen Garnison sich zur Verfügung des Komitees gestellt hat. Krepelajew wurde zum Kommandanten von Kronstadt ernannt.

Abdankung des Zaren. — Großfürst Michael Alexandrowitsch zum Regenten berufen.

W.D. London, 15. 3. (Nicht amtlich.) Reuter meldet: Unterhans. Bonar Law teilte mit, der Zar habe abgedankt. Großfürst Michael Alexandrowitsch sei zum Regenten berufen worden.

Die Abdankung des Zaren zeigt, wie tief die Erbitterung gegenüber der Regierung war und welchen Umfang die revolutionäre Bewegung angenommen hat. Der zum Regenten berufene Großfürst Michael Alexandrowitsch ist der jüngere Bruder des Zaren und dritte Sohn des verstorbenen Kaisers Alexander III. Er war bis zur Geburt des ersten Sohnes Nikolaus Thronerbe.

Zweifellos ist er ein Werkzeug der Kriegspartei. Ob es dieser gelingen wird, im jetzigen Stadium des Krieges für Rußland eine Wendung zum Besseren herbeizuführen, ist sehr fraglich.

Die Berliner Blätter geben jetzt übereinstimmend der Meinung Ausdruck, daß der englische Volkshaß in Petersburg einer der Hauptmacher der revolutionären Bewegung sei. Es wird für die weitere Entwicklung der Dinge alles von der Haltung der Armee abhängen. Einstweilen scheint es so, als ob die Revolution sich der Sympathien derselben erfreute.

Ein Aufruf des Exekutivkomitees an die Armeeführer und die Armee.

W.D. Amsterdam, 16. März. (Nicht amtlich.) Nach heute hier eingegangenen Neutermeldungen vom 14. ds. Mts. haben der englische und der französische Botschafter, nachdem sich der Exekutivkomitee der Kammer konstituiert hatte, mit diesem Verhandlungen angeknüpft. Rudstank richtete im Namen des Militärkomitees der Duma an die Marine- und die Armeeführer ein Manifest, ruhig zu bleiben, aber den Kampf gegen den Feind fortzusetzen. Ebenso wurden Aufrufe an die Arbeiter gerichtet, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Arbeit wieder aufzunehmen, damit der Kampf fortgesetzt werden könne.

Innerhalb Stunden nach Ausbruch der Revolution in Petersburg hat sich Moskau der Revolution angeschlossen. Der Militärkommandant, sowie Tausende von Gendarmen und Polizeibeamten wurden verhaftet, die politischen Gefangenen wurden freigelassen und es konstituierte sich ein Militärkomitee zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit militärischer Hilfe.

Große Beunruhigung in Frankreich.

Genf, 15. März. Die französische Presse ist sehr beunruhigt durch die letzten Nachrichten über die innere Lage Rußlands. Sie berichtet, daß sich eine imposante Menschenmenge am Tage, als die Duma ihre letzte Sitzung hielt, vor dem Gebäude in aller Stille versammelte. Als bekannt wurde, daß die Duma den Antrag Miljutow angenommen hatte, worin verlangt wurde, daß den letzten Beförden in den Städten die nötige Freiheit

gelassen werde, um für die Volksernährung zu sorgen, brach die Menge in begeisterte Schreie auf die Duma aus und zog dann in großer Erregung und aufröcherlicher Stimmung durch die Hauptstraßen. Der Zug verlief im übrigen ruhig. Aber am folgenden Tage flohen in Petersburg die Industriearbeiter und die Angehörigen der Straßenbahn die Arbeit ein und es mußten Truppen aufgestellt werden, um die Streikenden vom Heeresgebiet der Newabridge abzuhalten.

Der „Temps“ findet, daß diese Vorgänge in Verbindung mit der neuen Verfassung der Duma sehr bedenklich sind, aber er tröstet sich damit, daß schließlich doch das russische Volk mit dem Zaren den Willen teile, bis zum Siege auszuhalten. Das Volk macht dabei die Entdeckung, daß das russische Volk nicht die Franzosen, sondern die Deutschen befeindet, die Revolution in Rußland zu unterstützen. „Das russische Volk ist“, so sagt der „Temps“ wörtlich, „jetzt entschlossen, bis zum Siege gegen dieses Deutschland zu kämpfen, das in seinen Augen die Sünde und der natürliche Bundesgenosse aller revolutionären Kräfte ist.“

Der Kanzler und die Junker.

Der preussische Junker Herr v. Wartenburg hat wohl nicht damit gerechnet, daß seine herausfordernde Rede im preussischen Herrenhaus ein solches Echo erwecken würde, wie es bei den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses am Mittwoch erteilt ist, sonst hätte er wohl lieber geschwiegen. Als Redner, mit alleiniger Ausnahme des Führers der Konservativen Herrn von Heydebrand, legten verschiedene Vermählungen gegen die herausfordernde Haltung der preussischen Räte ein. Auch aus der Reihe des Herrn v. Heydebrand rang die Sorge um die Folgen des Streiches, den die Junker im Herrenhaus ihren Standesgenossen im Abgeordnetenhause gespielt haben. Mit Recht wurde aber auch die Haltung der preussischen Regierung getadelt. Herr von Schorlemer — derselbe, der vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause so sehr gegen seine Widersacher aufgetreten ist — war im Herrenhaus anwesend. Er fühlte sich indessen nicht berufen, gegenüber den Preußen Art, mit welcher dort der Reichstag und das Abgeordnetenhause angegriffen wurden, auch nur ein Wort zu sagen. Offenbar haben ihm die Ausführungen der Junker von Wartenburg und von Buch so gefallen, daß er darüber ganz vergessen hat, wie sehr die Spitze derselben gegen den Präsidenten des preussischen Staatsministeriums, Herrn v. Bethmann Hollweg, gerichtet waren, denselben, der Herrn v. Schorlemer im Reichstag gegen Angriffe in Schutz genommen hat. Auch dieser Vorgang zeigt, wie groß die Gegensätze innerhalb der preussischen Regierung sind.

Herr v. Bethmann Hollweg erschien während der Debatte im Abgeordnetenhause, nachdem man ihn über die hochpolitische Bedeutung derselben unterrichtet hatte. Er ergriff sofort das Wort, um sich deutlich als bisher über die von ihm wiederholt in Aussicht gestellte politische Neuordnung im Innern zu äußern. Die Rede wird zweifellos einen nachhalligen Eindruck hinterlassen. Da und dort waren bereits Zweifel darüber ausgesprochen worden, ob es Herrn v. Bethmann Hollweg mit seinen Versprechungen auch ernst sei. Diese Zweifel waren im Hinblick auf mancherlei Vorgänge, die sich namentlich in der letzten Zeit abgepielt haben, nicht völlig von der Hand zu weisen. Wenn man auch von der Ehrlichkeit und dem guten Willen des Reichskanzlers überzeugt war, so schien es doch, als ob ihm die Kraft fehle, die erforderlich ist, um seinen Willen durchzusetzen.

Die Rede Bethmann Hollwegs vom letzten Mittwoch hat das Vertrauen in ihn fraglos wieder gestärkt. Er mißte sich in dem inneren Streit zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhause nicht ein. Um so klarer und entschiedener vertrat er seinen Standpunkt hinsichtlich der künftigen inneren Politik. Zwar hat er es auch nicht wieder vermieden, sein Programm darzulegen. Aber aus dem Hinweis auf die schweren inneren Kämpfe, mit denen die politische Neuorientierung verknüpft sein werden, darf man wohl den Schluß ziehen, daß Herr v. Bethmann Hollweg nicht gewillt ist, das preussische und das deutsche Volk mit einem ärmlichen Rinsengeicht abzuspülen. Unter diesem Gesichtspunkt beobachtet, kann man es verstehen, wenn Herr v. Bethmann Hollweg erst nach Schluß des Krieges seinen Worten die Taten folgen lassen will. „Ich will und werde diese Gedanken durchführen — und ich werde mein Bestes daransetzen. Wese dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht verkennt.“

Herr v. Bethmann darf versichert sein, daß diese Worte bei der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes freudigen Widerhall finden werden. Das deutsche Volk kann nach außen nur dann stark sein, wenn der Staatsgedanke in allen seinen sozialen Schichten tief verankert ist. Das aber wird nur dann der Fall sein, wenn die politische Gleichberechtigung zur Durchführung kommt. Mit Recht hat er darauf hingewiesen, daß, wenn man den alten Faden der preussischen Politik fortspinnen würde, dies zu einer Katastrophe führen müßte. Es ist völlig ausgeschlossen, daß das deutsche Volk nach diesem Kriege eine Regierungsmethode ertragen wird, die von dem Geiste des preussischen Junkertums erfüllt ist.

Man kann dem Junker Herr von Wartenburg dankbar dafür sein, daß er dem Reichskanzler Gelegenheit gegeben hat, diese Rede zu halten. Daß die „Liberalen“ im Herrenhaus geschwiegen haben, ist leuznehmend für den „Mut“ gewisser Teile des deutschen Bürgertums. Wäre dieses früher energischer gegen die Junkerherrschschaft aufgetreten, dann hätte deren Stunde schon längst geschlagen. Neben wie die des Junkers Herr von Wartenburg würden in jedem anderen Kulturlande unmöglich sein. Daß sie in Deutschland jetzt noch, inmitten des Krieges, gehalten werden konnte, ohne einen Sturm der Entrüstung im ganzen deutschen Volke zu entfesseln, der das auf Verfassungsbruch beruhende preussische Herrenhaus wie ein ungeladenes Kartenhaus hinwegfegte, das ist ein Gradmesser für den politischen Tiefstand, in dem wir uns nach befinden. Hoffentlich wird er bald und gründlich überwunden.

Deutsches Reich.

Die Kriegswirtschaftsstelle als Zensor.

Zu den neuesten Gründungen gehört die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungswesen in Berlin, die die Verteilung von Druckpapier übernommen hat. Die „Münchener Post“ bestellte bei der Kriegswirtschaftsstelle 10000 Kilogramm holzhaltiges Druckpapier; der Zweck der Abfertigung, die Herstellung eines Flugblattes, wurde vor schriftsmäßig angegeben. Daraufhin antwortete, wie die „Münchener Post“ mitteilt, die Berliner Kriegswirtschaftsstelle: „Bevor wir eine Entscheidung darüber treffen können, ob wir der Papier-Einlaufsstelle die Genehmigung zur Lieferung

Neues vom Tage.

Wislungene Flucht.

Zasel, 13. März. Drei deutsche Kriegsgefangene hatten sich in dem französischen Grenzort Amberg unter dem Güterwagen eines nach Genf fahrenden Güterzugs versteckt, wurden aber im letzten Augenblick, als sie die Grenze überdritten wollten, von der französischen Grenztruppe angehalten und wieder in das französische Lager zurückgebracht. Schweizer, welche den Vorgang beobachtet haben, betonen, daß die Gefangenen von den französischen Soldaten aufs schärfste mißhandelt worden seien.

Explosionsunglück.

Paris, 15. März. „Reit Parisien“ meldet aus Saint Etienne: Die Fabrik Automato für Pulminatherstellung wurde durch eine Explosion zerstört. Vier Personen wurden schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Reichstags-Graswahl-Resultat.

Spanbau, 14. März. (W.B. Amtlich.) Bei der gezeigten Reichstags-Graswahl im Wahlkreise Potsdam VII wurden abgegeben insgesamt 21 921 Stimmen. Davon entfielen auf den Gewerkschaftsangehörigen Stahl-Spanbau (Soz. Mehrheitspartei) 16 907, den Schriftsteller Meh-ring-Berlin-Stegly (Soz. Arb.-Gem.) 5010 Stimmen, gesplittet sind 4 Stimmen. Stahl ist somit gewählt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

W.B. Berlin, 15. März. (Nicht amtlich.) Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes dem Abg. Adolf Hoffmann (Soz. alle Richtung) gegen die Stimmen einiger Sozialdemokraten das Wort entzogen, nachdem er vom Präsidenten dreimal zur Ordnung gerufen worden war.

Der Kampf gegen die Fideikommissgesetzgebung.

W.B. Berlin, 16. März. Der Fideikommissgesetzgebung des Abgeordnetenhauses nahm einen Antrag an, wonach die Neuerrichtung und Erweiterung von Fideikommissen in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis zum 1. Juni 1930 verboten werden soll.

Leuerungszulagen in Frankreich.

W.B. Bern, 16. März. „Eypref de Lyon“ brachte Finanzminister Ribot einen Antrag auf Eröffnung eines Nachtragskredits von 20 250 000 Francs für 1917 ein, um den Fideikommissstellen des Staates Leuerungszulagen auszuheben zu können. Ferner wurde ein Antrag betreffend einen Nachtragskredit für die Eisenbahnen eingebracht, dessen Höhe noch unbekannt ist.

Zur französischen Ministerliste.

W.B. Berlin, 16. März. Der französische Ministerrat trat gestern pünktlich zusammen, um, wie dem Berliner Lokalanzeiger“ aus Genf mitgeteilt wird, Stellung zum Rücktritt Hautes zu nehmen.

Ferdinand Labori f.

Rotterdam, 16. März. Dem Neuen Rotterdamischen Courant wird aus Paris gedruckt, daß Labori, der berühmte Advokat von Dreyfus, gestorben ist. Auf Ferdinand Labori war während des Prozesses in Rennes ein auch heute noch unauflösliches Revolverattentat ausgeführt worden. Seitdem war Labori einer der berühmtesten Redner im Pariser Justizpalast geworden und hatte u. a. in dem Humbert- und Caillaux-Prozess eine führende Rolle.

Die Lebensmittelnot in England.

W.B. Berlin, 16. März. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Haag wurden im Zusammenhang mit dem Lebensmittelmangel in England auch die Rationen für die Zivil- und die Kriegsgefangenen daselbst herabgesetzt.

Der Zar im Hauptquartier.

W.B. Berlin, 16. März. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Stockholm gemeldet: Gegenüber den Gerüchten von einer Flucht des Zaren nach dem Süden Russlands wird mitgeteilt, der Zar befinde sich seit dem 8. März im Hauptquartier in Sibirien. Die Zarin sei die ganze Zeit über in Jorkoje-Selo verblieben.

Ein amerikanischer Dampfer versenkt.

Amsterdam, 16. März. Wie aus London gemeldet wird, geben „Evening News“ folgende Darstellung von der Versenkung des amerikanischen Dampfers „Algonquin“: Der Kapitän hat erklärt, daß der Dampfer kurz nach Tagesanbruch ohne vorherige Warnung von einem deutschen U-Boot angehalten worden sei. Das U-Bootboot habe aus einer Entfernung von drei Meilen das Feuer eröffnet. Nachdem 20 Granaten in der Nähe des Schiffes niedergefallen waren und vier den Bug getroffen hatten, sei die 27 Mann zählende Besatzung in die Rettungsboote gegangen und habe die gefährdete Stelle verlassen. Hierauf sei das U-Bootboot näher herangekommen und vorerstig mehrmals um das Schiff herumgefahren, wobei nur das Periscope über Wasser gewesen sei. Als man bemerkte, daß der Dampfer unbesetzt und verlassen war, seien Matrosen an Bord gelandet, um Bomben zu legen. Eine Viertelstunde nach der Explosion der Bomben sei der Dampfer in einer Entfernung von 65 Meilen von der Küste gesunken. Der Kapitän des U-Bootboots habe sich geweigert, die Rettungsboote ins Schlepptau zu nehmen. Die Erklärung des Kapitäns und der Besatzung des „Algonquin“ wurde nach Washington telegraphiert. Aus Washington meldet das Reuters-Bureau, man glaube, daß die Versenkung des Dampfers, obwohl sie ein ernstes Fall sei, an der gegenwärtigen Lage zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland nichts ändern werde. Erst wenn ein bewaffnetes amerikanisches Schiff einem deutschen U-Boot begegnet, werde der Kampf entbrennen.

Briefkasten der Redaktion.

L. S. in Dr. Die Eltern beider Täter sind nach dem geltenden Recht schadenersatzpflichtig. Ob der Schaden allerdings 40 M. ist, möchten wir bezweifeln. Derselbe müßte nachgewiesen werden.
Ch. S. hier. Wir werden uns in der Sache bemühen und Ihnen schriftlich Antwort geben.
Streitende Seelente. Ueber den Uebertrag der weiblichen Bevölkerung im Arge gibt es noch keine Statistik.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kahl; für den übrigen Inhalt: Hermann Kahl; für die Anzeigen: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst. Aufforderung.

Gemäß Bundesratsverordnung vom 1. März 1917, betr. Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst haben sich alle nicht mehr landsturmpflichtigen männlichen Deutschen, die in der Zeit nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1870 geboren sind, zum Zwecke der Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst bei den Ortsbehörden zu melden.

1. Die hiernach meldepflichtigen Personen haben sich in der Zeit vom 17. bis 26. März 1917 persönlich bei den Bürgermeistern ihres Wohnorts in folgender Reihenfolge zu melden:

die 1857 Geborenen am 17. März 1917 vormittags

1858	17.	1917 nachmittags
1859	19.	1917 vormittags
1860	19.	1917 nachmittags
1861	21.	1917 vormittags
1862	21.	1917 nachmittags
1863	22.	1917 vormittags
1864	22.	1917 nachmittags
1865	23.	1917 vormittags
1866	23.	1917 nachmittags
1867	24.	1917 vormittags
1868	24.	1917 nachmittags
1869	26.	1917 vormittags

2. Die Meldung kann auch schriftlich erfolgen und zwar ist von der persönlichen Meldung befreit, wer vor seinem Meldetag bei seinem Bürgermeisteramt die vorgeschriebene Meldebekarte einreicht. Solche Meldebekarten mit Umschlägen können beim Bürgermeisteramt sowie den daselbst öffentlich bekannt gemachten Stellen erbeten werden.

Die Ueberendung der ausgefüllten Karten an die Ortsbehörde kann erfolgen durch Vermittlung des Arbeitgebers, der Leiter von Anstalten usw. Dieses Verfahren ist insbesondere bei den Hilfsdienstpflichtigen anzuwenden, die sich zurzeit in Heil-, Pflege-, Besserungs- oder Strafanstalten befinden.

Die Zustellung kann auch durch den einzelnen Hilfsdienstpflichtigen erfolgen, indem er die ausgefüllte Meldebekarte bei der Ortsbehörde abgibt oder der Post zur Beförderung an die Ortsbehörde übergibt. In letzterem Falle werden die Meldebekarten der Hilfsdienstpflichtigen portofrei befördert, sofern der Briefumschlag den Vermerk „Hilfsdienstpflichtigen-Meldung“ trägt und offen zur Abgabe am Schalter gelangt.

Alle Meldenden erhalten die Bestätigung ihrer Meldung, gleichgültig, ob diese schriftlich oder mündlich erfolgt ist, durch Aushängung des zu stempelnden Abreißstreifens der Meldebekarte.

Hilfsdienstpflichtige mit keinem festen Wohnort melden sich am 27. März 1917 bei der Ortsbehörde, in deren Bezirk sie sich an diesem Tage aufhalten.

3. Nicht meldepflichtig sind die Personen, die mindestens seit dem 1. März 1917 selbständig oder unselbständig im Hauptberuf tätig sind:

- 1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchengendienste,
- 2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestellten-Versicherung,
- 3. als Verate, Bahnärzte, Tierärzte oder Apotheker,
- 4. in der Land- oder Forstwirtschaft,
- 5. in der See- oder Binnenfischerei,
- 6. in der See- oder Binnen-Schiffahrt,
- 7. im Eisenbahnbetrieb einschließlich des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen,
- 8. auf Werften,
- 9. in Berg- und Güttenbetrieben,
- 10. in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation.

4. Gibt nach dem 15. März 1917 ein bisher nach Ziffer 3 von der Meldepflicht Befreiter die dort bezeichnete Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle, so hat er sich spätestens am 3. darauffolgenden Werktag bei dem Bürgermeisteramt seines Wohnortes persönlich zu melden und die für die Ausfüllung der Meldebekarte erforderlichen Angaben zu machen. Bei einem Wechsel des Wohnortes hat die Meldung bei der Meldestelle des neuen Wohnortes zu erfolgen. Sie kann auch schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte innerhalb 3 Tagen erfolgen.

Außerdem hat der Arbeitgeber, wenn ein bisher nach Ziffer 3 von der Meldepflicht Befreiter die dort bezeichnete Tätigkeit bei ihm aufgibt, dieses bis zum 3. darauffolgenden Werktag dem zuständigen Einberufungsausschuss mitzuteilen. Der Einberufungsausschuss befindet sich bei dem zuständigen Bezirkskommando, also für den Amtsbezirk Karlsruhe bei dem Kgl. Bezirkskommando Karlsruhe, Kreuzstraße 11. Gibt ein in die Liste Aufgenommener seine bisherige Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung, so hat er dieses spätestens am 3. darauffolgenden Werktag dem Einberufungsausschuss mitzuteilen. Dabei ist die neue Tätigkeit, Beschäftigungsstelle oder Wohnung anzugeben.

5. Mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft, wer bei der Meldung wesentlich unwahre Angaben macht.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt.

Kriegsamtstelle Karlsruhe, den 13. März 1917. 861

Bekanntmachung. Heranziehung

der nicht mehr landsturmpflichtigen Deutschen, die in der Zeit nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1870 geboren sind zum

Vaterländischen Hilfsdienst.

Heute wurde die Aufforderung zur Meldung veröffentlicht, der jeder Hilfsdienstpflichtige bei Vermeldung der gesetzlichen Strafen pünktlich nachkommen muß.

Wer sofort die bei den Bürgermeisterämtern erhältlichen vorchriftsmäßigen Meldebekarten ausfüllt und an das Bürgermeisteramt seines Wohnortes wieder abgibt, hat seiner Meldepflicht genügt und erhält als Ausweis hierfür eine Meldebekanntmachung.

Kriegsamtstelle Karlsruhe, den 13. März 1917. 862

Fleischversorgung betr.

1. Die Kopfmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst beträgt für die kommende Woche zusammen 225 Gramm.

2. Die Haushaltungen, die in der Kundenliste der Wurst eingetragene sind, dürfen bei diesen in der Woche auf den Kopf 50 Gramm Frischwurst oder Schinken, Dauerwurst, Junge und Speck (für Kinder unter sechs Jahren 25 Gramm) beziehen, erhalten aber bei dem Metzger, bei dem sie für den Bezug von Fleisch eingetragene sind, nur 175 Gramm Fleisch mit eingewaschenen Knochen (für Kinder unter sechs Jahren 85 Gramm).

3. Es ist an den Lieferanten abzugeben: für je 45 Gramm Frischwurst 1 Fleischmarke, für je 45 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewaschenen Knochen 2 Fleischmarken, für je 18 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Junge und Speck 1 Fleischmarke.

4. Spätestens am Mittwoch, den 21. März, haben die Inhaber der Metzgereien die eingenommenen Fleischmarken gebündelt in der Kartenstelle abzuliefern und hierbei Abrechnung auf vorgeschriebenem Formular, welches in der Kartenstelle festhält zu bekommen ist, zu erstellen. Die sich etwa ergebenden Restbestände an Fleisch werden bei der späteren Zuteilung angerechnet.

Die Geschäftsinhaber werden aufgefordert, die Abrechnung und Markenablieferung pünktlich zu erledigen. 860

Karlsruhe, den 15. März 1917.

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Gerstengrütze-Verteilung.

Von Samstag den 17. bis einschließlich Mittwoch den 21. März 1917 wird in den bekannten Geschäften

Gerstengrütze

gegen Lebensmittelmarke A des Bestes vom 12. bis 25. März 1917 Kopfmenge 100 Gramm — Preis 30 Pfg. für das Pfund abgegeben.

Alle mit dem Vermerk „Militär“, „Krankenzusatz“ und „Besuch“ versehenen Lebensmittelmarken werden nur bei unseren Verkaufsstellen, Douglasstraße Nr. 24, Kriegsstraße Nr. 80, sowie bei der Filiale der

Firma Pfannkuch u. Co., Rheinstraße Nr. 25, eingelöst.

Nach Ablauf der Verkaufszeit dürfen die noch vorhandenen Restbestände nicht mehr ohne unsere ausdrückliche Bewilligung abgegeben werden, sie verbleiben vielmehr zu unserer Verfügung.

Spätestens den 23. März 1917 haben die Geschäftsinhaber der Verkaufsstellen die eingenommenen Marken zu je 100 gebündelt nur in der Kartenstelle abzuliefern und hierbei Abrechnung auf vorgeschriebenem Formular, welches bei der Kartenstelle festhält, zu bekommen ist, zu erstellen.

Die Geschäftsinhaber werden im Interesse der rechtzeitigen Neuverteilung aufgefordert, die Abrechnung und Markenablieferung pünktlich zu erledigen.

Geschäfte, welche dieser Anordnung zuwider handeln, müssen in Zukunft als Verteilungsstelle gestrichen werden. 859

Karlsruhe, den 14. März 1917.

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Eier-Verteilung.

Von Samstag den 17. bis einschließlich Mittwoch den 21. März 1917 wird in den bekannten Geschäften an die eingetragene Kundenschaft auf jede Eiermarke Nr. 1 des Lebensmittelbestes vom 12. bis 25. März 1917 ein Ei abgegeben, ebenso werden die mit dem Vermerk „Militär“ und „Besuch“ versehenen Eiermarken Nr. 1 dieses Bestes, sowie sämtliche „Krankenzusatzmarken“ mit je 1 Ei eingelöst. Die Sammelmarken für Anstalten und Werkstätten vom 12. bis 25. März werden mit 3 Eiern für je 5 Personen eingelöst.

Alle mit dem Vermerk „Krankenzusatz“, „Militär“ und „Besuch“ versehenen Marken werden nur in den 3 folgenden Stellen zur Einlösung gebracht, nämlich in unseren beiden Verkaufsstellen Kriegsstraße Nr. 80 und Douglasstraße Nr. 24 und in der Filiale Pfannkuch u. Co., Rheinstraße Nr. 25.

Der Kleinverkaufspreis für die Eier beträgt 32 Pfg., da bei dieser Verteilung nur Ausländer abgegeben werden.

Nach Ablauf der Verkaufszeit dürfen die noch vorhandenen Restbestände nicht mehr ohne unsere ausdrückliche Bewilligung abgegeben werden, sie verbleiben vielmehr zu unserer Verfügung.

Spätestens am 23. März haben die Geschäftsinhaber der Verkaufsstellen die eingenommenen Marken zu je 100 gebündelt abzuliefern und hierbei Abrechnung auf vorgeschriebenem Formular, welches bei der Kartenstelle festhält zu bekommen ist, zu erstellen.

Die Geschäftsinhaber werden im Interesse der rechtzeitigen Neuverteilung aufgefordert, die Abrechnung und Markenablieferung pünktlich zu erledigen.

Geschäfte, welche dieser Anordnung zuwiderhandeln, müssen in Zukunft als Verteilungsstelle gestrichen werden. 858

Karlsruhe, den 15. März 1917.

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Bekanntmachung.

Die zum Anbau von Gemüse abgegebenen Grundstücke werden, wenn sie bis 25. März d. Js. nicht in Benutzung genommen sind, anderweitig abgegeben.

Karlsruhe, den 15. März 1917. 854

Städt. Gartendirektion.



Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass unser lieber, guter Sohn, Bruder und Bräutigam

Kunstreferent **Wilhelm Schuhmann**

Kriegsrelw. Unteroffizier im Leibgrenadier-Regiment 109, Inhaber des Kriegsverdienstkreuzes

in treuer Pflichterfüllung für sein Vaterland nach langem, schwerem Leiden heute früh sanft verschieden ist.

In tiefer Trauer:

Frau **Mathilde Schuhmann**, Witwe, geb. Siegle.
Friedrich Schuhmann und Frau **Gabriele** geb. Erfurth.
Mathilde Schuhmann.
Käte Steinbach.

Karlsruhe, den 15. März 1917.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittags 1/4 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. — Trauerhaus: Kaiserstrasse 57. Von Beileidsbesuchen wolle man absehen.

Trauerhüte

L. Weingand, Karlsruhe-Mühlburg gegenüber der katholischen Kirche.

Konsumverein für Durlach u. Umg.

Sonntag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Saalhaus zum „Waldhorn“ in Aue

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
1. Tätigkeitsbericht über das verfloßene halbe Geschäftsjahr.
2. Der Krieg und seine Einwirkung auf unsere Genossenschaft.
Anr. jährlichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Gebrüder **Scharff**

Kolonialwaren u. Weingrosshandlung, Telefon 741

Einlösung der Gutscheine

Die in unserer Verkaufsstelle, Amalienstrasse 27, abgeholten Gutscheine für Käse können am **Samstag, den 17. März** der folgenden Reihe nach in obiger Verkaufsstelle eingelöst werden. Wir ersuchen dringend, die **Zeiten genau einzuhalten** und mit abgezähltem Gelde zu bezahlen.

Die **Ausweiskarte** für Lebensmittel bitten wir der Kontrolle halber vorzuzeigen.

Nr.	1-100	vorm.	1/9-9	Uhr.
"	101-200	"	9-10	"
"	201-300	"	10-11	"
"	301-400	"	11-12	"
"	401-500	"	12-1	"
"	501-600	nachm.	1-2	"
"	601-700	"	2-3	"
"	701-800	"	3-4	"
"	801-900	"	4-5	"
"	901-1000	"	5-6	"
"	1001-1100	"	6-7	"
"	1101-1200	"	7-8	"

Druckarbeiten

aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. **Sina Geißelhardt**, 36 J. alt, Ehefrau von Karl Geißelhardt, Schneider. **Katharina Heilmann**, 73 J. alt, Witwe von Wilhelm Heilmann, Schneider. **Philippine Karl**, 77 J. alt, Ehefrau von Jakob Karl, Friedhofaufseher a. D. **Peter Eberhardt**, Privat, Ehemann, 72 J. alt. **Agnes Reiter**, 33 J. alt, Ehefrau von August Reiter, Kaufmann. **Josefine Büdinger**, 23 J. alt, Buchhändlerin, ledig. **Maria Speck**, 38 J. alt, geistl. Ehefrau von Josef Stellberger, Feldwebel. **Wilhelmine Raible**, 68 J. alt, Ehefrau von Heinrich Raible, Radfahrer. **Christiane Bender**, 78 J. alt, Witwe von Wilhelm Bender, Zeichner.

Zimmerpolier

selbständig auf Werktag und Treppenaufbau, sowie

3 bis 4

Zimmerleute

für dauernd gesucht.

Josef Held

Baugeschäft 783
Südenstraße 24.

Kleintierzüchter

zur Aufsicht über eine größere Ziegen-, Kalb-, Schaf- und Entenzucht.
Städtisches Krankenhaus
Karlsruhe. 829

Küchenmädchen

sofort gesucht. Lohn 35 Ml.
Frau Seiter
Postkutsche. 886

Gipfer-Gein.

Tüchtige Gipfer für Karlsruhe, Mannheim und sonstige auswärtige Plätze gesucht.
C. u. S. Allmendinger,
Gipfer- und Stuckateurgeschäft,
Karlsruhe i. B. 885

Büro-Fräulein

ge sucht,
tätig im Maschinenschreiben und Stenographie. Bewerberinnen wollen sich melden 111

Städt. Arbeitsamt

Jährerstraße 100, 3. Stock

Junges Mädchen

für leichte Buchbinderarbeit sofort gesucht.
Johann Nesselhaus
Schützenstraße 46.

Möbel

Komplette Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
Büfets
Vertikos
Schreibtische
Kleiderschränke
Diwans
Betten
in solider Ware.
Auf Wunsch Zahlungs-
erleichterung.

Maier Weinheimer
Möbelhaus
Kronenstrasse 32
Karlsruhe. 782

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 St.
Fadenkleider 128.75 an
Frühjahrmäntel 19.75 an
Farbige wasserdichte
Nippmäntel 36.75 an
Schwarz-Nippmäntel 39.75
Seiden-Mäntel 46.75 an
Frühjahrs-Jacken 11.75 an
Konfirm.-Jacken 19.75 an
Schw.-Tuchmäntel 44.75 an
Wackelschöße 22.80 an
Kleiderstoffe, schwarz u. farbig
Wulsen in Baumwolle, Wolle,
Lüll, Seide und Kunstseide
Kunstseiden-Jacken
Pelerinen und Vodenmäntel
in allen Größen. 725
Keine Ladenspeisen.

Fr. Widmann, Goldschmied
Kaiserstrasse 223
Reparaturen an Gold- und
Silberwaren werden sauber
ausgeführt. 404
Kaufe alte Schmucksachen, Steine etc.

Wohnung zu vermieten

Eine schöne 3 Zimmer-Wohnung im 2. Stock mit Glas-
absluß, Gas und Wasser nebst
allem Zubehör auf 1. Juli zu
vermieten.
Friedrich Weber
Durlach, Auerstraße 50.

Diwans,

neue, von 70 und 75 M an, hochf.
Defins von 95 M an. 842
H. Köhler, Schützenstr. 25.

Klavier-Unterricht.

Nehme noch einige Anfangs-
schüler zum gründlichen Unter-
richt an. Honorar 5 Ml. Offerten
unter Nr. 837 an die Geschäfts-
stelle des „Volksfreund“.

Konfirmations- und Oster-Geschenk

empfehlen wir
Goethes Werke

Band 1 bis 12 in drei eleganten Leinen-
bänden zu dem aussergewöhnlich
billigen Preise von
Mk. **4.50.**

Buchhandlung „Volksfreund“
Luisenstrasse 24. — Telefon 128.

Privat-Spargesellschaft in Karlsruhe.

Zur

VI. Kriegsanleihe

vermitteln wir Zeichnungen für unsere vor-
ehrlichen Mitglieder.

Die Zeichner treten vom 1. April 1917
ab in den Genuss der Zeichnungssummen,
wogegen die Verzinsung der zu diesem Zweck
in den Sparbüchern abgeschrieben Beträge
mit 31. März 1917 aufhört. Die Sparbücher
sind zur Zeichnung vorzulegen.

Wird unsere Vermittlung nicht bean-
sprucht, sondern Barzahlung verlangt, so
treten die satzungsmässigen (für die Dauer
des Kriegszustandes verdoppelten) Kündig-
ungsfristen in Kraft.

Von unsern Mitgliedern und deren An-
gehörigen werden auch Teilzeichnungen von
10, 20 und 50 Mark gegen Anteilscheine
entgegengenommen. 852

Karlsruhe, den 14. März 1917.

Der Verwaltungsrat.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.



Palast-Theater

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Heute letzter Tag.

Erstaufführung.

Maria Orska

in ihrem neuen Film
Das Geständnis der grünen Maske

Schauspiel in 3 Akten. Regie: Max Mack.

Das Bildnis des Florian Klee.

Lustspiel in 3 Akten.
Verfasser und Spielleiter: Fritz Seck.

Die neuesten Berichte von sämtl. Kriegsschauplätzen.
Ausserdem einige Extra-Einlagen.

Die ruhigeren Nachmittags-Vorstellungen werden
dem geehrten Publikum als besonders genuss-
reich empfohlen.

Zu diesem reichhaltigen **Vorzugskarten Gültigkeit.**
Programm haben

Zum gef. Besuche ladet ergebenst ein
Fr. Schuffen.
Palast-Theater Herrenstr. 11.
1/2 Minute von der **Elektr. Haltestelle Herrenstrasse.**

Zur gef. Beienung, zum Ausschneiden. 896

Vorzugskarte.
Inhaber dieser Karte
zahlt gegen Vorzeigen
derselben an der Kasse
des Palast-Theaters fol-
gende Eintrittspreise:
2. Platz 25 S., 1. Platz
40 S., Balkon 60 S.,
Sperrplatz 80 S., Balkon-
loge 1. —, Fremden-
loge 1.50.

Vorzugskarte.
Inhaber dieser Karte
zahlt gegen Vorzeigen
derselben an der Kasse
des Palast-Theaters fol-
gende Eintrittspreise:
2. Platz 25 S., 1. Platz
40 S., Balkon 60 S.,
Sperrplatz 80 S., Balkon-
loge 1. —, Fremden-
loge 1.50.